- die Anordnung Nr. 2 vom 23. August 1978 über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen (GBl. I Nr. 30 S. 336);
- die Anordnung Nr. Pr. 283 vom 1. November 1978 über die Preisbildung zur Förderung der Produktion von Sondermaschinen, Sondervorrichtungen und Sonderwerkzeugen (GBl. I Nr. 41 S. 447);
- die Anordnung Nr. Pr. 285 vom 20. Juli 1978 über die Preisbildung zur Förderung der Produktion von Rationalisierungsmitteln (GBl. I Nr. 23 S. 263).

Berlin, den 17. November 1983

Der Leiter
des Amtes für Preise
Halbritter
Minister

< Anlage 1

zu vorstehender Anordnung

Verzeichnis der kalkulationsfähigen Kosten nach Kostenarten und Komplexkosten

0. Allgemeine Bestimmungen

- 0.1. Bei der Ausarbeitung der Kosten- und Industriepreiskalkulation dürfen die Kosten nur einmal verrechnet werden. Die Verrechnung als direkte oder indirekte Kosten erfolgt entsprechend ihrer Zuordnung zu den Positionen des Kalkulationsschemas, das bei der Kosten- und Industriepreiskalkulation anzuwenden ist.
- 0.2. Werden im Maßstab der Volkswirtschaft oder in einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen Aufwendungen erstmalig in die Selbstkosten einbezogen, so wird vom Leiter des Amtes für Preise über ihre Kalkulationsfähigkeit entschieden. Werden sie als kalkulationsfähig anerkannt, so wird eine Ergänzung dieser Anlage vorgenommen. Eine entsprechende Ergänzung wird auch dann vorgenommen, wenn festgelegt wird, daß bestimmte Aufwendungen aus den Selbstkosten auszugliedern oder aus Fonds zu finanzieren sind.
- 0.3. Bestehen für die Kosten bestimmter Kostenarten bzw. Komplexkosten, die ihrer Art nach kalkulierbar sind, in Rechtsvorschriften staatlich festgelegte Normative (z. B. Grundzinssatz), so sind höhere Kosten, die sich aus einer eventuellen Veränderung dieser Normative ergeben, nur dann kalkulationsfähig, wenn dies vom Leiter des Amtes für Preise festgelegt wird.
- 0.4. Die kalkulationsfähigen Kosten sind zeitlich abzugrenzen, wenn dies zur Sicherung einer gleichmäßigen Kostenverrechnung während eines mehrere Jahre umfassenden Zeitraumes erforderlich ist (z. B. Vorleistungen gemäß Ziff. 13).
- 0.5. Die Bestimmungen über die Kalkulationsfähigkeit der Kosten finden auch Anwendung bei der Ausarbeitung von überbetrieblichen Normativen und betrieblichen Normen, die bei der Preisbildung zum Ansatz kommen.
- 0.6. Durch die Bestimmung der Ziff. 0.1. über die einmalige Verrechnung der Kosten im Industriepreis wird die Anwendung spezifischer Kalkulationsverfahren für mehrstufige Produktionsprozesse, wie der Stufendivisionskalkulation, nicht ausgeschlossen. Dies gilt entsprechend für die Bildung der Industriepreise für Anlagen, die durch Kombinate und Betriebe als General- bzw. Hauptauftragnehmer geliefert werden.¹ *s.

¹ Z. Z. gelten die Anordnung (Nr. 1) vom 10. März 1971 über die Bildung der Industriepreise für Investitionsleistungen und für den Export von Anlagen durch General- und Hauptauftragnehmer (GBl. II Nr. 32 S. 259) und die Anordnung Nr. 3 vom 10. Mai 1979 (GBl. I Nr. 19 S. 165).

1. Abschreibungen: Kosten für die Nutzung von Grundmitteln

- 1.1. Die Abschreibungen für die zur Herstellung von Erzeugnissen erforderlichen Grundmittel (wie Gebäude, Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge usw.) sind in Höhe der nach der normativen Nutzungsdauer festgelegten Abschreibungssätze vom Bruttowert der einzelnen Grundmittel unter Berücksichtigung der durch Generalreparaturen eingetretenen Veränderungen kalkulationsfähig.

Abschreibungen auf Reservegrundmittel sind kalkulationsfähig. Abschreibungen auf stillgelegte Grundmittel sind nicht kalkulationsfähig.

- 1.2. Zu Lasten der Selbstkosten verrechnete Restbuchwerte sind kalkulationsfähig, wenn sich aus der Aussonderung der Grundmittel, auf die die Restbuchwerte entfallen, ein solcher Nutzen ergibt, daß durch ihre Verrechnung keine Erhöhung der Selbstkosten der Erzeugnisse und Leistungen eintritt.

Abweichend hiervon sind die für Restbuchwerte aus der vorzeitigen Aussonderung von Grundmitteln durch Abbruch und Verschrottung verrechneten Selbstkosten nicht kalkulationsfähig (§ 8 der Anordnung vom

10. September 1971 über die Aussonderung von Grundmitteln, die Anwendung von Sonderabschreibungen und die Bildung und Verwendung des Reparaturfonds — GBl. II Nr. 78 S. 694 — in der Fassung des § 7 Abs. 3 der Anordnung vom 27. April 1982 über die Planung, Bildung und Verwendung des Fonds für die Instandhaltung — GBl. I Nr. 19 S. 395 —).

- 1.3. Nutzungsentgelte für die Überlassung von Grundstücken und Grundmitteln gemäß der Anordnung vom

30. Dezember 1982 über die Berechnung und Zahlung von Nutzungsentgelten für Grundstücke und Grundmittel (GBl. I 1983 Nr. 3 S. 25) sind kalkulationsfähig. Soweit auch die anteilige Produktionsfondsabgabe bzw. Handelsfondsabgabe entsprechend den Rechtsvorschriften in das Nutzungsentgelt einzubeziehen ist, sind diese Abgaben beim Nutzer nicht kalkulierbar. Sie sind aus dem kalkulatorischen Gewinnzuschlag des Nutzers zu decken.

Mietkosten sind, soweit der Abschluß von Mietverträgen zulässig ist, kalkulationsfähig.

2. Materialkosten

- 2.1. Die Kalkulation des Materials erfolgt zu Materialverrechnungspreisen oder effektiven Preisen (Einkaufspreisen oder Einstandspreisen). Materialverrechnungspreise müssen mit den tatsächlichen Einkaufs- bzw. Einstandspreisen weitestgehend übereinstimmen.

Die kalkulierten Preise für Material müssen den in den Rechtsvorschriften festgelegten Industriepreisen entsprechen. Hinsichtlich der Kalkulationsfähigkeit von Materialpreisänderungen auf der Grundlage planmäßiger Industriepreisänderungen gelten die im Zusammenhang damit getroffenen Festlegungen. Werden solche Festlegungen nicht getroffen, so sind die mit den planmäßigen Industriepreisänderungen festgelegten Materialpreise kalkulationsfähig.

Liegt zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Kosten- und Industriepreiskalkulation noch kein endgültiger Preis für das Grundmaterial vor, so haben die Betriebe das Grundmaterial wie folgt zu bewerten:

- a) in Höhe der bestätigten Preisobergrenze bzw.
- b) in Höhe des vereinbarten vorläufigen Preises gemäß § 50 Abs. 2 des Vertragsgesetzes vom 25. März 1982 (GBl. I Nr. 14 S. 293), sofern eine Preisobergrenze für das betreffende Material nach den Rechtsvorschriften nicht zu bestätigen ist.

Die Betriebe sind verpflichtet, bei der Kalkulation der Materialkosten derartige Positionen besonders zu kennzeichnen. Liegt der endgültige Preis erheblich